

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

MAI 2015

Gewerkschaftsjugend am 1. Mai

Vielfältige Aktionen und Aktivitäten gegen Rechts



Foto: Simone M. Neumann

Auch in diesem Jahr engagierten sich die zahlrei-

chen Jugendverbände der Gewerkschaften am Tag der Arbeit mit vielfältigen Aktionen in der ganzen Bundesrepublik. Dabei ist es den jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern stets besonders wichtig, neben den gewerkschaftlichen Themen wie gute Ausbildung und faire Arbeitsbedingungen, auch den Kampf gegen jede Form von Rassismus, etwa in Form der rechtspopulistischen Thesen à la Pegida, voranzutreiben und hier ein deutliches Statement zu setzen. Ob mit Plakaten, Bannern oder kreativen Video-Drehs, die Gewerkschaftsjugend ist eine treibende Kraft im Bereich der gewerkschaftlichen Anti-Rassismus-Arbeit. Der DGB-Bundesjugendsekretär, Florian Hagenmiller, sieht hierin einen elementaren Beitrag der Jugend: „Das ist unser Tag der Arbeit. Die DGB-Jugend setzt sich für Offenheit und kulturelle Vielfalt am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft ein.“ Der Kumpelverein steht an ihrer Seite.



Der 1. Mai und die nationale Vereinnahmung

Geschichte, Hintergrund und Gegenwart

Der 1. Mai steht im Zeichen des gewerkschaftlichen Protestes für bessere Arbeitsbedingungen und gegen soziale Ungerechtigkeit. Dies hat gewerkschaftliche Tradition und wurde auch dieses Jahr praktiziert. Doch ebenso beteiligten sich Gewerkschaftsmitglieder an den Gegenaktivitäten zu Aufmärschen rechter Parteien und Organisationen. In Weimar stürmten dieses Jahr Neonazis die Bühne, entrissen dem Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider das Mikrofon, um rechte Parolen zu skandieren, und verletzten drei Menschen. Einstimmig erklärten die Parteien Die Linke, CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen sowie der DGB: „Gewalt und Hetze jeder Art haben in Thüringen keinen Platz, nicht am 1. Mai und an keinem anderen Tag.“ Sandro Witt, Vorsitzender des DGB in Thüringen, fordert darüber hinaus vom thüringischen Innenministerium „Aufklärung, wie es zu dem Übergriff kommen konnte, obwohl das Innenministerium eine polizeiliche Absicherung aller DGB-Veranstaltungen angekündigt hatte.“ Dass Neonazis versuchen, eine Veranstaltung von Gewerkschaften zum 1. Mai zu verhindern, ist kein gegenwärtiges Phänomen, wie ein Blick in die Geschichte zeigt. Als 1933 die Nationalsozialisten den 1. Mai erstmalig zum Feiertag erklärten, war dies offensichtlich eine vorgreifende Maßnahme, um möglichen Widerstand bei der Zerschlagung

„Gewalt und Hetze jeder Art haben in Thüringen keinen Platz, nicht am 1. Mai und an keinem anderen Tag.“

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) einen Tag später zu unterbinden. Der 1. Mai, der vormalig immer als internationaler Kampftag begangen wurde, mutierte unter den Nationalsozialisten zum „Tag der nationalen Arbeit“, der ausschließlich im Sinne der deutschen Volksgemeinschaft betrachtet wurde. Die Umbenennung ein Jahr später in „Nationaler Feiertag des deutschen Volkes“ hatte nichts mit der gewerkschaftlichen und internationalistischen Ausrichtung zu tun, wie der 1. Mai bis 1933 gefeiert wurde. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten rechte Parteien wie die NPD den 1. Mai zu okkupieren. Schon in den 1960er Jahren, als die Partei knapp am Bundestageinzug scheiterte, marschierten Parteimitglieder auf, um den Tag ausschließlich als „nationalen Tag“ zu proklamieren. Ende der 1960er Jahre war der Protest laut, um den Versuchen der NPD Einhalt zu gebieten. Eine nationalistische Tradition konnte sich nicht etablieren. Mit dem Verschwinden

der NPD als potentielle politische Kraft, ebten auch Aufmärsche zum 1. Mai erheblich ab. Trotzdem waren gewerkschaftliche Veranstaltungen immer wieder Ziel von Attacken von rechts. In Frankfurt/Main überfielen 1982 250 rechte Hooligans von verschiedenen Vereinen die Mai-Veranstaltung des DGB. Unter rassistischen Rufen griffen sie Teilnehmerinnen und Teilnehmer an. Anfang der 1990er Jahre änderte die NPD ihre Öffentlichkeitsstrategie und der 1. Mai wurde erneut Agitationsfeld für ihre rassistische Arbeits- und Sozialpolitik. Aufmärsche waren seit der Mitte der 1990er Jahre wieder aktuell und hatten das Ziel, den „Tag der Arbeit“ als „nationalistischen Kampftag“ umzuinterpretieren. Parolen wie „Frei, Sozial und National“ ähnelten sehr der nationalsozialistischen Haltung aus den 1930er Jahren. Auch die „Autonomen Nationalisten“, die explizit die Tradition der SA wieder aufleben lassen wollen, orientieren sich an der nationalsozialistischen Interpretation des 1. Mai. Besonders der Kernbegriff „Nationaler Sozialismus“ soll ein Politikverständnis vermitteln, dass die Interessen der Arbeiter vertritt. Symbole und Codes verschleiern jedoch den völkischen Charakter, der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in „Rassen“ einteilt und eine soziale und demokratische Ungleichheit aufgrund von Herkunft und Geburt fordert. Dazu kam ihr gewalttätiges Auftreten, das bei Veranstaltungen zum 1. Mai ebenso ausgelebt wurde. In Dortmund überfielen 2009 mehrere Hundert „Autonome Nationalisten“ den Demonstrationszug des DGB und machten regelrecht Jagd auf die teilnehmenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Die Szenen schockten nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Öffentlichkeit. Die Mai-Veranstaltungen in den kommenden Jahren waren deshalb auch geprägt vom antifaschistischen Engagement der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, dem Bekenntnis zum internationalen Charakter des 1. Mai und dem Eintreten für soziale Gerechtigkeit, für bessere Arbeitsbedingungen und einer solidarischen Gesellschaft. Die Stürmung der DGB Veranstaltung in Weimar und andere neonazistische Gewalttaten am 1. Mai erinnern uns immer wieder, dass wir im Kampf gegen Rechts nicht nachlassen dürfen.



Die Gelbe Hand am 1. Mai

Vorsitzender Giovanni Pollice als Hauptredner in Hildesheim



Hildesheim

Unter dem Motto des DGB „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ gingen am Tag der Arbeit Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in ganz Deutschland auf die Straße, um für gute Löhne, faire Bedingungen und eine solidarische Arbeitswelt zu demonstrieren. Neben den arbeitsmarktpolitischen Kernthemen stand in diesem Jahr, vielleicht deutlicher, vehemente noch als an vergangenen Mai-Kundgebungen, der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus im Fokus des Arbeitertages. Dementsprechend war auch der Kumpelverein über das ganze Bundesgebiet verteilt aktiv. Der Vorsitzende Giovanni Pollice war Hauptredner auf der Mai-Kundgebung des DGB in Hildesheim vor rund 1.000 Bürgerinnen und Bürgern. Auch er fand wie gewohnt deutliche Worte und warnte davor, Rechtspopulisten oder gar der extremen Rechten hinterher zu laufen: „Ob Pegida, AfD oder NPD – die bieten für rein gar nichts eine Lösung. Sie schüren nur

Ängste!“ Ein jeder müsse, so Pollice, mit „Courage für diejenigen kämpfen, die vor Krieg, Vertreibung, Vergewaltigung und Not aus ihren Ländern fliehen, um hier Schutz zu suchen“. Denn Gewerkschaften stünden für Menschenrechte und Solidarität: „Wir wollen ein offenes, von Akzeptanz geprägtes und vielfältiges Deutschland.“ Für Giovanni Pollice war es auch ein persönliches

Anliegen, auf dem Marktplatz in Hildesheim über diese Themen zu sprechen. Vor genau 70 Jahren wurde ein guter Bekannter der Familie aus seinem italienischen Heimatdorf als Zwangsarbeiter von Nationalsozialisten auf dem Platz erhängt. Gedenktafeln erinnern an das geschehene Unrecht. „So etwas darf nie wieder passieren!“, mahnte der Vorsitzende. Nicht nur in Hildesheim, sondern u.a. auch in Hannover, Düsseldorf und Bonn war die Gelbe Hand als gewerkschaftliches Symbol gegen Rassismus präsent. Aktive und Fördermitglieder des Kumpelvereins waren mit Ständen und Infomaterialien vor Ort und traten so in den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Kolleginnen und Kollegen sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Politik. Ein schönes Signal aus Paderborn: Hier war das Red-

nerpult in eine Fahne der Gelben Hand gehüllt. Gänzlich unschöne Signale hingegen kamen aus Weimar (s. Seite 1), wo Rechtsextreme die Kundgebung stürmten, randalierten, rechtsradikale Parolen skandierten und Leute angriffen. Allein dieser Vorfall zeigt, dass es weiterhin ein starkes Engagement aller demokratischen Kräfte benötigt, um der organisierten Rechten, aber



Bonn

auch dem alltäglichen Rassismus entschieden entgegenzutreten – für eine weltoffene, von Akzeptanz geprägte Gesellschaft.



Hannover

Geschichte der Gewerkschaften in acht Akten

Memo-Zug am 1. Mai in Aachen erinnert an geschichtsträchtige Ereignisse

Am 1. Mai 1886 auf dem Haymarket in Chicago wurden Arbeiterproteste blutig niedergeschlagen. Drei Jahre später wurde das Datum in Gedenken an das Massaker zum „Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung“ ausgerufen. Seitdem ist viel passiert: In acht Stationen erinnerte der DGB in Aachen an die Meilensteine der Arbeiterbewegung. Ausgehend vom Haymarket-Massaker über die Einführung des Allgemeinen Frauenwahlrechts 1919, der Neugründung des (F)DGB 1945 in Aachen bis zum Mindestlohn 2015 ließen die Kolleginnen und Kollegen in Form von szenischen Theaterdarbietungen die Geschichte wieder



Foto: Nicole Tânia Cabral do Ó Hartmann

lebendig werden. Bei der dritten Etappe wurde der Widerstand im Nationalsozialismus der Aachener Arbeiterinnen und Arbeiter aufgegriffen, die im Jahr 1933 den Nationalsozialisten – trotz des Klimas der Angst und der Unterdrückung – den Zugang zu ihrem Stadtviertel verwehrt. Der DGB-Geschäftsführer für die Region Süd-West, Ralf Wölk, versteht dies als historische Lehre für das Hier und Jetzt: „Die Gewerkschaftsbewegung hat in ihrer Geschichte bittere Erfahrungen mit dem Faschismus gemacht. Die Lehren aus Zerschlagung und Verfolgung sind für uns historischer Auftrag, auch heu-

te engagiert im Kampf gegen Rassismus und Nationalismus ganz vorne mit dabei zu sein.“ Auch das Jahr 1972 wurde als Meilenstein der Gewerkschaftsbewegung gefeiert: Die damalige Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes ermöglichte es erstmals, das betriebliche Mitbestimmungsrecht auf die zugewanderten Kolleginnen und Kollegen auszuweiten. Die diskriminierende Trennung im Betrieb zwischen ausländischen und inländischen Arbeiterinnen und Arbeitern hatte in Sachen Mitbestimmung ein Ende. Durch eine Show-Präsentation konnten die Besucherinnen und Besucher der Mai-Kundgebung diese Errungenschaft noch einmal miterleben. An der Veranstaltung auf dem Aachener Markt nahmen rund 3.500 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter teil. Es war die landeszentrale Kundgebung des DGB NRW. Dort sprachen der Vorsitzende, Andreas Meyer-Lauber, und die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft.

„Flüchtlinge haben ein Recht auf Perspektiven“

DGB fordert humanere Flüchtlingspolitik in Europa

Nach dem erneuten tragischen Tod von rund 1.000 Flüchtlingen im Mittelmeer kamen in Brüssel die obersten Regierungschefs der europäischen Länder zu einem Krisengipfel zusammen. Der DGB forderte in Anbetracht der Katastrophe ein Umdenken in der europäi-

Was dann passiert, ist, dass die Flüchtlinge in andere Staaten weiterziehen und so die Problematik der Rückführung besteht, die ebenfalls nicht funktioniert. Im Endeffekt kommt es zu einem Hin- und Hergeschiebe, und was auf der Strecke bleibt, ist der Schutz der Flüchtlinge –



Quelle: Noborder Network / www.flickr.com

schen Migrations- und Flüchtlingspolitik. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann bezog klar Stellung und nahm die Verantwortlichen in die Pflicht: „Die EU ist humanitär verpflichtet, das Leben der Menschen zu retten, die beim Versuch, nach Europa zu kommen, im Mittelmeer in Lebensgefahr geraten. Wir brauchen ein funktionierendes Seenotrettungssystem, das gemeinschaftlich finanziert wird und Möglichkeiten für die Flüchtlinge, gefahrenfrei in die EU einzureisen. Flüchtlinge haben ein Recht auf Perspektiven für gleiche gesellschaftliche und ökonomische Teilhabechancen, unabhängig von Status und Herkunft.“ Grundlage der EU-Migrationspolitik sind die bestehenden Dublin-Konventionen, die im Grundsatz besagen, dass der Flüchtling dort Asyl suchen muss, wo er das erste Mal europäischen Boden betritt. Eine Regelung, die zu Lasten der Grenzstaaten im Süden Europas geht. Auch in diesem Punkt sieht der DGB Handlungsbedarf. Unterstützung bekommen die Gewerkschaften bei dieser Forderung auch von anerkannten Asylrechtsexperten. Unser Fördermitglied Dr. Ralph Göbel-Zimmermann ist Vorsitzender Verwaltungsrichter am Gericht Wiesbaden. Seiner Ansicht nach sei das bestehende Dublin-System offensichtlich gescheitert: „Die Verantwortungsverteilung funktioniert nicht. Dublin ist auf Abwehr ausgerichtet und wälzt so die Verantwortung auf die Erstaufnahmeländer ab.

das kann nicht sein!“ Was Europa jetzt brauche, seien Visionen, über die man tabufrei sprechen müsse: „Wir benötigen innerhalb der EU eine faire, solidarische Verteilung der Flüchtlinge mit einem Quotensystem nach vernünftigen Kriterien. Dafür müssen in allen Ländern die gleichen Asylbedingungen gelten. Die Staaten, die das momentan nicht leisten können, müssen unterstützt werden. Wir sind eine Solidargemeinschaft.“ Kurzfristig, so der Experte, müssten die gemeinsame Seenotrettung verstärkt und legale Zuwanderungswege ermöglicht werden. (Das ganze Interview mit Dr. Ralph Göbel-Zimmermann findet ihr auf unserer Homepage: www.gelbehand.de). Die Nicht-Regierungsorganisation „Pro Asyl“ setzt sich seit Jahrzehnten für eine humane Asylpolitik ein. In ihrer Ausstellung „Asyl ist Menschenrecht“ schildert „Pro Asyl“ die Lage in Kriegs- und Krisengebieten sowie in den Nachbarregionen. Sie informiert über Fluchtursachen und Fluchtwege und berichtet über die Situation an den EU-Außengrenzen sowie im Inneren Europas und Deutschlands. Unterstützt wird das Projekt unter anderem vom DGB und der IG Metall, bei der die Wanderausstellung gerade in ganz Deutschland unterwegs ist.

Mehr Infos zur Ausstellung sowie zur dazugehörigen Broschüre findet ihr unter: <http://www.proasyl.de/de/home/ausstellung-asyl-ist-menschenrecht/>



Foto: Martin Lässig

Konferenzräumlichkeiten des Stadions von Alemannia Aachen rund 200 interessierte Kolleginnen und Kollegen begrüßen. Ausgehend vom historischen Kontext ging der Vorsitzende auf aktuelle Tendenzen ein – die Denkfiguren Pegidas seien schrill und krankhaft, die AfD propagiere lediglich Abschottung. Dabei gelte es vielmehr Solidarität mit den Schwächsten, den Flüchtlingen, zu zeigen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar: Wer in Seenot gerät, muss gerettet werden, und wer flüchtet, hat ein Recht darauf, wie ein Mensch behandelt zu werden!“ Stolz war Meyer-Lauber auf das Engagement der Jugend. Die DGB-Jugend NRW hatte am Vorabend der Veranstaltung vor dem Aachener Rathaus ein Banner mit Aufschrift: „Refugees welcome!“ ausgerollt. Eine tolle Aktion, um die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren, was auf dem gut besuchten Rathausplatz auch gelang. Im Anschluss folgte ein lebhafter Vortrag von Prof. Dr. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein). Sie legte anschaulich dar, wie Vorurteile historisch gewachsen sind, und wie weit sie heute noch in der Bevölkerung verbreitet sind. Im Kern stehe immer eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Dass rechtspopulistische Diskurse wieder „sagbar“ seien, sei eine Gefahr, denn „die Erosion von sozialen Normen ist das erste Einfallstor für Rassismus“, erklärte die Wissenschaftlerin, die u. a. an der Studie „Fragile Mitte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mitgewirkt hatte (siehe Aktiv Dezember 2014 / Januar 2015). Nach diesem wissenschaftlichen Input, der vor allem gängige Ressentiments in der Breite der Gesellschaft beleuchtete, ging es in den drei Workshops um die extremen Formen der Menschenfeindlichkeit. Während im ersten Forum die Methoden der Neonazis auf der Straße wie im Stadion thematisiert wurden, konnten sich die Teilnehmer im zweiten Workshop zum Rechtspopulismus von AfD und Pegida informieren. Im dritten Seminar referierte die renommierte Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor zum radikalen Salafismus. Man ging der Frage nach, warum junge Menschen in den Dschihad ziehen. Faktoren wie Orientierungslosigkeit, die Suche nach Gemeinschaftsgefühl und Anerkennung, sowie Ausgrenzung stellten dabei wiederkehrende Muster dar, erklärte die Islam-Expertin Kaddor. Insgesamt machte der Kongress einmal mehr deutlich, dass es zwar Gegner der Demokratie gibt, aber eben auch eine starke, solidarische, weltoffene Gewerkschaftsbewegung.

Respekt statt Ressentiments

DGB-Kongress gegen Rassismus im Aachener Tivoli

„Man kann die Gegenwart nicht verstehen, wenn man die Geschichte nicht kennt.“ Mit diesen wahren und gewichtigen Worten leitete Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, die Konferenz ein und erinnerte damit im Jahr 2015 an die Befreiung Aachens und ganz Deutschlands vom

Nationalsozialismus vor 70 Jahren. „Respekt statt Ressentiments – Menschenfeindlichen Ideologien entgegenzutreten“ lautete der Titel des nun schon zum vierten Mal organisierten Kongresses von DGB NRW und DGB Bildungswerk NRW. Andreas Meyer-Lauber konnte am 25. April in den

Gegen Rechts und pro Flüchtlinge

22. IG Metall Jugendkonferenz in Willingen

Zur 22. Jugendkonferenz der IG Metall kamen Mitte April 256 junge Delegierte aus den Betrieben und Hochschulen in Willingen zusammen. Unter dem Motto "Unsere Vision – Unsere Zukunft" entwickelten sie ihre Ziele für die nächsten vier Jahre. Der Fokus der Konferenz lag auf bildungspolitischen Inhalten. So wurde u.a. beschlossen, dass die Kampagne „Revolution Bildung“ weitergeführt werden soll, eine Initiative für ein gesetzliches Recht auf Aus- und Weiterbildung mit genügend Zeit und Geld für alle, auch für Studierende. Ein weiteres Ziel der IG Metall Jugend: die tariflichen Ausbildungsvergütungen sollen langfristig überproportional steigen. Die Delegierten der Jugendkonferenz sprachen sich aber auch klar gegen Faschismus, Rassismus, Homophobie und Rechtspopulismus aus. Sie beschlossen, dass die IG Metall Jugend



gemeinsam mit Bündnispartnern eine Initiative gegen den aktuellen Rechtsruck in Europa starten werde. Und sie machten deutlich, dass sie Organisationen wie Pegida oder die Alternative für Deutschland (AfD) als gegnerische Organisationen betrachten. Zugleich stellte sich die IG Metall Jugend klar hinter Geflüchtete und forderte für sie mehr Teilhabe und ein Recht auf Arbeit. „Unser Einsatz und Kampf für Sicherheit und Perspektiven kennt keine Grenzen. Deshalb sind wir gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung und für eine menschenwürdige Behandlung von Geflüchteten“, unterstreicht der Bundesjugendsekretär der IG Metall, Michael Schmitzer.

Informationen zu den aktuellen Zahlen, Daten und Fakten zum Thema Flucht und Asyl, sowie zu den rechtlichen Bedingungen, insbesondere beim Zugang zum Arbeitsmarkt, liefert die

DGB-Handreichung "Flucht. Asyl. Menschenwürde."

Zu bestellen oder downloaden unter: https://www.dgb-bestell-service.de/besys_dgb/auswahl.php?volltext=flucht

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Sonja Marko (ver.di), Volker Roßocha (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU),

Verantwortlich für den Inhalt: Giovanni Pollice

Koordination: Dr. Klaudia Tietze

Redaktion: Marco Jelic, Mark Haarfeldt

Fotos: DGB, Gelbe Hand, IG Metall Jugend

Produktion: Setzkasten GmbH Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

Broschüre des Monats

Rechte Politik in Europa



Aus der dreitägigen Tagung der IG Metall zum Thema „Rechte Politik in Europa“ im August des Jahres 2014 ist nun eine umfangreiche, informative Tagungsdokumentation entstanden. Anlass der Tagung waren die besorgniserregenden Ergebnisse der Europa-Wahl, die in zahlreichen Ländern Mittel- und Nordeuropas, wie u.a. Frankreich, einen politischen Rechtsruck zu Tage förderten. Dem Funktionsbereich Gewerkschaftliche Bildungsarbeit der

IG Metall war es daher ein Anliegen, sich genauer mit den ins EU-Parlament eingezogenen Parteien zu beschäftigen. Die Broschüre zeichnet ein heterogenes Bild der europäischen Rechten: die Palette reicht von konservativ motivierten, über europaskeptische bis hin zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien. Wissenschaftler und Experten aus dem In- und Ausland analysieren in der Broschüre die Ursachen und Bedingungen der politischen Entwicklung in Länderbeiträgen zu Deutschland, Polen, Österreich und Griechenland. Im Lichte des Aufkommens der AfD und der Pegida-Bewegung leistet der jetzt erschienene Tagungsband einen Beitrag zur Vertiefung der inhaltlichen Diskussion für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, aber auch für die breite Auseinandersetzung in Betrieb und Gesellschaft. Auf diese Weise könnten die Gewerkschaften eine aktive Gegenwart zur europäischen Rechten darstellen, erklärt Ulrike Obermayr, Leiterin der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit beim IG Metall Vorstand.

Den Tagungsband findet ihr im Netz unter:

http://www.gelbehand.de/fileadmin/user_upload/download/good_practice/2014-08_Rechte_Politik_in_Europa_web_Einzelseiten.pdf

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung. Nachfolgend die Namen:

- 1. Dieter Bürk**, ver.di, DGB Stadtverbandsvorsitzender/ver.di Betriebsvorstandsmittglied, Karlsruhe
- 2. Heiko Glawe**, DGB, DGB-Regionsgeschäftsführer, Berlin
- 3. Kimberly Haarstik**, ver.di, Seelze
- 4. Andreas Hammerschmidt**, ver.di, Hannover
- 5. Christoph Meister**, ver.di, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, Hannover
- 6. Paul Pjanow**, ver.di, Vorsitzender der ver.di Jugend Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Leipzig
- 7. Natascha Maria Ponczek**, IG BAU, Bundesjugendsekretärin, Frankfurt/Main
- 8. Lidija Ristova-Lehmann**, ver.di, Düsseldorf
- 9. Ali Reza Sakhizada**, Laatzen
- 10. Nils Jaspe Schuler**, Hannover

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender